

# Fraktion aktuell

## Neues aus dem Wiesbadener Rathaus

INFORMATIONEN DER SPD-STADTVERORDNETENFRAKTION // AUSGABE SEPTEMBER 2019

### Setzantrag in der Stadtverordnetenversammlung vom 12. September 2019



Dr. Hendrik Schmehl, Fraktionsvorsitzender

#### Schwarz-Grüne Landespolitik greift in Kommunale Selbstverwaltung ein

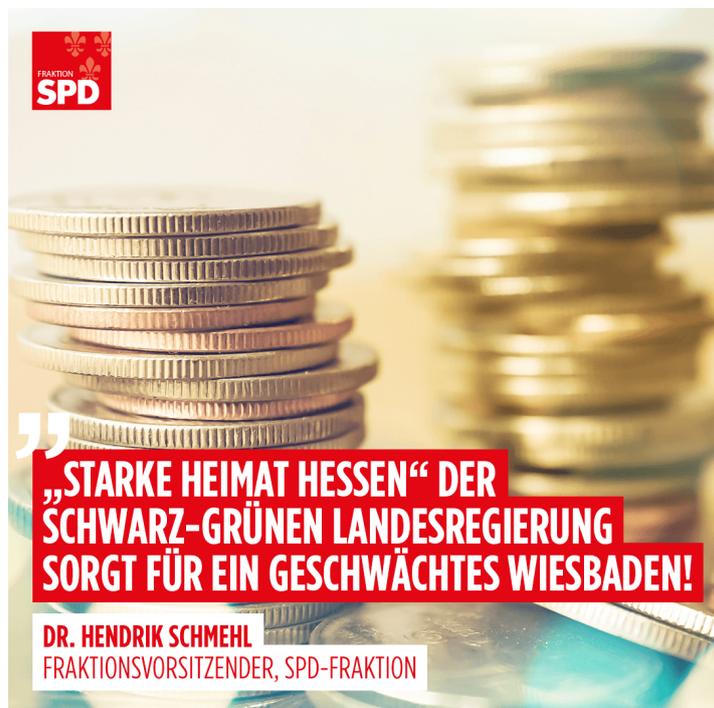
**Wiesbaden kommt bei der Heimatumlage vermutlich mit einem blauen Auge davon – dennoch Verlust von mindestens 1,4 Mio. Euro pro Jahr.**

Im Jahr 2020 läuft die erhöhte Gewerbesteuerumlage der Kommunen zur Unterstützung der neuen Bundesländer aus. Dies bedeutet für die hessischen Kommunen die Verfügung über einen höheren Anteil an der Gewerbesteuer für ihre eigenen Zwecke.

Der Hessische Städtetag geht von etwa 400 Mio. Euro pro Jahr aus. Während in den allermeisten Bundesländern die Kommunen direkt und vollumfänglich vom Auslaufen der bundesgesetzlichen Regelung profitieren, sieht eine Gesetzesinitiative der Schwarz-grünen Koalition in Hessen mit dem Titel „Starke Heimat Hessen“ eine sogenannte „Heimatumlage“ vor. Demnach sollen den Kommunen insgesamt 300 Mio. Euro entzogen werden. Mit diesen Mitteln soll stattdessen der Kommunale Finanzausgleich mit 100 Mio. Euro aufgestockt und weitere 200 Mio. Euro für diverse Landesprogramme mit kommunalen Bezügen genutzt werden.

Mittlerweile hat das Hessische Ministerium der Finanzen eine erste Berechnung der Heimatumlage vorgelegt. Es zeigt sich, dass Wiesbaden hierbei Mittel verliert. Würden die Mittel aus der Gewerbesteuerumlage einfach an Wiesbaden weitergeleitet werden, stünden der Landeshauptstadt ca. 21,8 Mio. Euro pro Jahr zu. Betrachtet man die verschiedenen Punkte der Heimatumlage, dann fließen lediglich 20,4 Mio. nach Wiesbaden – mithin ein Verlust von 1,4 Mio. Euro pro Jahr. Wiesbaden kommt also im Vergleich etwa zu Frankfurt mit einem blauen Auge davon – dieses blaue Auge kostet aber dennoch 1,4 Mio. Euro. Vermutlich liegt der Schaden für die Stadt sogar noch höher, denn es ist völlig unklar, ob und in welchem Umfang Bundesmittel aus dem „Gute KiTa-Gesetz“ in die Heimatumlage mit einfließen.

Die Heimatumlage ist damit völlig intransparent und stellt einen harten Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung dar. Deshalb lehnen wir die Heimatumlage ab. Wir unterstützen den Städtetag in seiner Haltung und unterstreichen dies zudem mit einem Setzantrag in der Stadtverordnetenversammlung am 12. September 2019. Nach längerer Debatte, in der alle Fraktionen kritische Worte zum Vorhaben der Landesregierung fanden, wurde schließlich unser Antrag mit einigen Ergänzungen anderer Fraktionen einstimmig beschlossen.



„**STARKE HEIMAT HESSEN“ DER SCHWARZ-GRÜNEN LANDESREGIERUNG SORGT FÜR EIN GESCHWÄCHTES WIESBADEN!**“

**DR. HENDRIK SCHMEHL**  
FRAKTIONS-VORSITZENDER, SPD-FRAKTION

